



Massenpädophilenhochzeit in Gaza



Bei einer von der Hamas organisierten Massenhochzeit, haben am letzten Donnerstag 450 Paare in Gaza geheiratet. Geburtenschiha gegen Israel ist seit jeher eine beliebte Waffe sowohl der Fatah als auch der Hamas. Doch wie nicht anders zu erwarten, setzt die Hamas dem Spektakel noch das Sahnehäubchen auf.

Während die Hamas-Bräutigame in der Altersgruppe zwischen 16 und 36 Jahren liegen, sind ihre frisch angetrauten Ehefrauen gerade mal sechs bis zehn Jahre alt.

Traumberuf der jungen Ehemänner ist natürlich „Schahid“ gegen die Juden – Märtyrer – Selbstmordattentäter. Das Video zur Alptraumhochzeit sehen Sie hier.

Obwohl einige Kritiker – was nicht sein darf, kann nicht sein – bezweifeln, dass es sich bei den gezeigten „Damen“ in Weiß

auf den Bildern tatsächlich um die Bräute handelt und nicht bloß um zum Fest geschminkte Mädchen, bestätigen Informationsquellen aus Israel, die Hamas-Bräutigame seien mit Kindern vermählt worden.

Die Bilder sprechen eine Sprache für sich:

(Mit Dank allen Spürnasen)

Zwei Millionen Lösegeld



Nach vier Monaten Geiselhaft unter schlimmsten Bedingungen ist der deutsche Frachter Hansa Stavanger mit seiner Mannschaft gegen Zahlung von 2,1 Millionen Euro Lösegeld von den muslimischen Entführern entlassen worden. Die von grünen Politikern als arme Fischer idealisierten Verbrecher führten sich während der Geiselnahme entsprechend ihrem muslimischen Glauben wie KZ-Aufseher auf, die die Opfer mit Scheinerschießungen terrorisierten.

Die deutsche Bundesregierung ließ die Entführten und ihre Familien im Stich und antwortete nicht einmal auf Briefe von Angehörigen. Zwei voll ausgerüstete deutsche Fregatten, die in der Nähe des entführten Schiffes lagen, wagten sich erst zu Hilfe, nachdem die Verbrecher in aller Ruhe das deutsche Schiff verlassen hatten (*Foto*).

Das Handelsblatt berichtet:

Die somalischen Piraten haben Besatzungsmitglieder des freigegebenen deutschen Containerschiffs „Hansa Stavanger“ offenkundig mit Scheinhinrichtungen terrorisiert. Frederik E.

aus Brake, 2. Offizier auf dem Schiff, habe seinem Vater berichtet, dass sich Besatzungs-Mitglieder mit verbundenen Augen hinknien mussten und anschließend Gewehrsalven über ihre Köpfe hinweg abgefeuert wurden, berichtete die „Deutsche Schifffahrts-Zeitung“ online.

Sein Vater klagte die Bundesregierung massiv an: „Wir fühlten uns als Angehörige von der Regierung und dem Krisenstab am Ende nur noch im Stich gelassen“, sagte er der „Nordwest Zeitung“ (Mittwoch). Er habe an Bundeskanzlerin, Bundespräsident und weitere führende Politiker aller Parteien in seiner Not geschrieben und keine Antwort bekommen. „Aus dem Kanzleramt habe ich immerhin eine Eingangsbestätigung bekommen, aber mehr auch nicht“, sagte er.

Das deutsche Containerschiff mit seinen 24 Crewmitgliedern, darunter fünf Deutsche, wird am Donnerstagabend oder Freitag in der kenianischen Hafenstadt Mombasa erwartet. An Bord ist auch ein Marinearzt. Laut Bundeswehr wird das Schiff von der Fregatte „Brandenburg“ begleitet.

Nach viermonatigem Martyrium an Bord der „Hansa Stavanger“ hatten die Piraten das Schiff am Montagabend verlassen. Zuvor hatten sie nach eigenen Angaben umgerechnet 2,1 Mio. Euro Lösegeld vom Eigentümer, der Hamburger Reederei Leonhardt & Blumberg, erhalten. Nach Kritik des Verbands deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere sowie der Ehefrau des Kapitäns rechtfertigte die Reederei die monatelangen Verhandlungen mit den Geiselnemern. Reederei-Geschäftsführer Frank Leonhardt sagte „Spiegel Online“, dass es unter den „skrupellosen Kriminellen“ keine zuverlässigen Gesprächspartner gegeben habe. „Viele Aussagen der Gegenseite waren wenige Stunden später schon nichts mehr wert“, sagte er.

Die vier Monate in der Gewalt der Piraten seien eine „schier unerträglich lange Zeit“ für die Besatzungsmitglieder und deren Angehörige gewesen. „Keiner von uns vermag sich vorzustellen, welche unzumutbare seelische Belastung das

gewesen ist“, sagte Leonhardt. Piraten hatten die „Hansa Stavanger“ am 4. April rund 650 Kilometer von der somalischen Küste entfernt in ihre Gewalt gebracht. Bei den fünf Deutschen an Bord handelt es sich um zwei Auszubildende, einen Offizier und den Kapitän.

Zeitweise war die Lage an Bord höchst dramatisch. „Wir haben kein Wasser, kein Essen, keine Medikamente“, berichtete der Kapitän nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ bereits Ende Juli. „Wir können nicht mehr“, schrieb er in einer E-Mail.

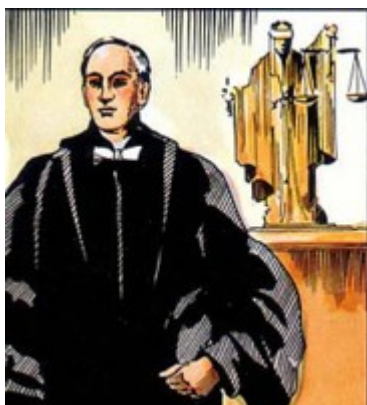
Ein Sprecher der EU-Operation Atalanta sagte am Dienstag, es bestehe zwar keine akute Gefahr für Leib und Leben, die psychische Belastung habe jedoch Spuren hinterlassen. Den Besatzungsmitgliedern des deutschen Containerschiffs gehe es den Umständen entsprechend gut.

Nachdem die Seeräuber das Schiff am Montagabend verlassen hatten, habe der Frachter zunächst Kurs auf die in der Nähe wartende Fregatte „Rheinland-Pfalz“ genommen, teilte der Kapitän der „Hansa Stavanger“ mit. „Seit 20.45 Uhr befand sich neben der Fregatte „Rheinland-Pfalz“ auch die Fregatte „Brandenburg“ vor Ort“, heißt es auf der Webseite der Bundeswehr am Dienstag weiter. Unmittelbar nach Abzug der Piraten hätten die Kriegsschiffe Soldaten auf den Frachter geschickt, die medizinische Versorgung anboten und Lebensmittel brachten. „Alle Besatzungsmitglieder wurden untersucht und sind wohlauf. Es gibt keine Verletzten und keine medizinische Notlage.“

Zur Beruhigung der Wähler dürfen nun einige Hinterbänkler wie Hans-Peter Uhl (CSU) und Thomas Oppermann (SPD) die Scheckbuchpolitik der eigenen Regierung kritisieren und das offensichtliche aussprechen: Die Feigheit der deutschen Regierung, mit dem Verbrecherpack in einer verständlichen Sprache zu sprechen, ist eine Einladung für weitere

Erpressungen und Misshandlungen deutscher Bürger durch muslimische Gangster in aller Welt.

Mit Axt Beine zertrümmert



Ein „Bochumer“ muss sich derzeit vor Gericht verantworten, nachdem er seiner Ehefrau vor den Augen der zwei und acht Jahre alten Kinder mit einer Axt die Beine zertrümmert und mit einem Kartoffelmesser das Gesicht zerschnitten hatte. Die Frau sitzt jetzt im Rollstuhl. Am Ende des Beitrages erfahren wir auch, dass der „Bochumer“ ein Geschenk aus dem Libanon war.

Wegen eines der grausamsten Gewaltverbrechen der vorigen Jahre in Bochum steht ab kommenden Mittwoch ein 36-jähriger Bochumer vor dem Landgericht. Laut Anklage hatte er seiner Ehefrau (31), die sich von ihm trennen wollte, mit einer großen Axt die Beine zertrümmert und nachher mit einem Messer das Gesicht entstellt. Die Mediendesignerin sitzt jetzt im Rollstuhl. Ihr Anwalt Dr. Ralf Neuhaus sagte am Montag auf WAZ-Anfrage: „Sie ist traumatisiert, psychisch vor Prozessbeginn äußerst angespannt, aber in Anbetracht der schweren Verletzungen und verbleibenden Schäden unglaublich tapfer.“

Am Morgen des 26. Februar 2009 soll der arbeitslose Schreiner

alkoholisiert in die Wohnung seiner Frau in Höntrop gekommen sein und zunächst mit der stumpfen Seite der Axt auf sie eingeschlagen haben, bis diese zu Boden gestürzt sei. Danach soll er mit der scharfen Seite der Axt mindestens 15 Mal auf beide Beine der Frau gehackt haben. Das Opfer erlitt offene Knochenbrüche an beiden Ober- und Unterschenkeln.

Auch das Gesicht entstellt

Während der Bluttat waren die beiden Kinder (zwei und acht) der Frau in der Wohnung; nur das Jüngere stammt von ihm. Nach ihrem Flehen, doch die Mutter leben zu lassen, soll der Rasende die Axt beiseite gelegt und zu einem Kartoffelmesser gegriffen haben. Damit soll er ihr dann mindestens 15 Mal ins Gesicht geschnitten haben.

Wie das Gericht auf WAZ-Anfrage erklärte, hatte sich die Frau von dem Mann wegen Gewalt in der Ehe bereits am Neujahrstag trennen wollen. Dabei soll er ihr gedroht haben, ihr die Beine abzuhacken. Nur aus Angst soll die Frau dann bei ihm geblieben sein. Ende Februar gab es aber erneut Streit. In dessen Folge wurde der Mann von der Polizei für zehn Tage der Wohnung verwiesen. Am 26. Februar kehrte er aber zurück. Sie wisse, was jetzt passiere, soll er ihr gesagt haben.

Wilde Flucht mit dem zweijährigen Sohn

Nach der Tat schnappte sich der Mann laut Gericht seinen Sohn (2) und flüchtete mit einem Pkw über die A 40 nach Eindhoven. Unterwegs baute er einen Unfall mit einem Lkw. Außerdem rief er einen Nachbarn an, er solle nach seiner Frau schauen. Sie musste mehrfach operiert werden. Ihre heutige Wohnadresse ist nur ganz wenigen bekannt. Vor der 1. Strafkammer soll sie als Zeugin aussagen.

Die Polizei hatte den Flüchtenden damals verfolgt. Unterwegs soll er aber gedroht haben, seinem Sohn den Hals umzudrehen, wenn man ihn nicht fliehen lasse. Die Drohung hatte Erfolg. Dann aber rief der Mann einen Anwalt an. Danach fuhr der 36-

Jährige zurück nach Deutschland und stellte sich noch am selben Tag der Polizei. Seitdem sitzt er in der Krümmede. Ihm droht eine vieljährige Haftstrafe. Und weil er Libanese ist, auch die Abschiebung. Er ist geständig. Die Anklage lautet auf schwere Körperverletzung.

Warum eigentlich nicht „versuchter Mord“ oder wenigstens „versuchter Totschlag“? Ist das schon der vorausseilende Migrantbonus?

(Spürnasen: Manuel II. Palaiologos und Maja)

Zur Erinnerung, dass Soldaten Menschen sind



Zur Erinnerung an die deutsche Patrouille, die am 16. November 2008 Opfer eines Anschlags wurde, erinnert nachfolgendes Video daran, dass auch die Bundeswehr aus Menschen besteht – aus Söhnen und Töchtern, Ehemännern und Ehefrauen, Vätern und Müttern, Brüdern und Schwestern. Ihr „Fehler“ ist, dass sie sich entschlossen haben, ihrem Land zu dienen, und dafür werden sie geächtet.

Jede Armee ist auf die Rückendeckung und Unterstützung der Heimat angewiesen, auch die Bundeswehr. Denn letztlich ist es

ihre Heimat, für die unsere Soldaten kämpfen und die sie lieben.

Zentralräte setzen gemeinsames Zeichen



Am Bett der Opfer von Moslem-Gewalt glänzen sie stets durch Abwesenheit. Und mit dem Islam haben Gewalttaten ja ohnehin nie etwas zu tun. Höchstens mit einem falsch verstandenen. Zeichen setzt man woanders, nämlich wenn die Opfer Moslems sind, wie in jenem traurigen Fall, in dem eine Moslemin im Gerichtssaal erstochen und ihr Mann verletzt wurde.

Die Generalsekretäre des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Zentralrats der Muslime, Stephan Kramer und Aiman Mazyek, werden am Montag gemeinsam dem Ehemann einer in Dresden getöteten Ägypterin einen Kondolenzbesuch abstatten. Der Mann liegt schwer verletzt im Krankenhaus und war bis vor kurzem im Koma; er hatte während eines Gerichtsprozesses versucht, seine im dritten Monat schwangere Ehefrau zu schützen, als der Angeklagte, der 28-jährige Alexander W. mit einem Messer auf sie losging und sie wenig später tötete. „Wir wollen gemeinsam ein Zeichen setzen gegen Islamophobie

und dagegen, dass sie, wie auch in diesem Fall, durchgehend unterschätzt und verharmlost wird“, sagte Mazyek dem in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel“ (Montagausgabe). „Die Tat in Dresden war islamfeindlich motiviert. Bisher sind die Reaktionen aus Politik und Medien unverständlich spärlich. Deswegen wollen wir Solidarität zeigen.“

Am Bett des von einem Moslem niedergemetzelten schießjüdischen Rabbiners aus Frankfurt suchte man vergeblich die Leute, die ein Zeichen gegen die Judenfeindlichkeit setzten. Ach ja, hatte ja nichts mit dem Islam zu tun...



US-Reporter entkommt aus Geiselhaft



Nach sieben Monaten in der Gewalt grausamer pakistanischer Moslems konnte der Journalist David Rhode gemeinsam mit seinem Dolmetscher in einem unbeobachteten Augenblick seinen Peinigern entkommen. Die beiden trafen in der Nähe des pakistanischen Dorfes, in dem sie gefangen gehalten wurden, glücklicherweise auf Soldaten, die sie in Sicherheit brachten. Um die Verhandlungen nicht zu erschweren, war die Gefangennahme des prominenten Reporters von allen Medien monatelang geheim gehalten worden.

Der SPIEGEL berichtet:

Auf dem Weg zu einem Interview mit einem Taliban-Kommandeur waren Rohde, sein Fahrer und sein Dolmetscher von Bewaffneten verschleppt worden. Sehr schnell wurde in Geheimdienstkreisen angenommen, dass Rohde und die beiden anderen Männer an Kämpfer des Taliban-Fürsten Dschallaludin Hakkani übergeben worden und nach Pakistan gebracht worden seien.

Hakkani gilt als blutrünstiger Kommandeur mit engen Verbindungen zum Terror-Netzwerk al-Qaida. Im Gegensatz zu anderen Geiselnahmen, das war schnell klar, würde mit ihm nicht über Lösegeld zu verhandeln sein. Vielmehr erwartete man, dass er Rohde als Werkzeug seiner Terror-Propaganda nutzen würde.

Fatal erinnerte der Fall an Daniel Pearl, den Reporter des „Wall Street Journals“, der nach seiner Entführung in Pakistan im Jahr 2002 vor laufender Kamera getötet worden war. Ein ähnliches Schicksal, musste man fürchten, drohte auch David Rohde.

In den kommenden Monaten setzte die „Times“, vor allem aber auch die Ehefrau von Rohde, alles in Bewegung, um den Reporter freizubekommen. Immer wieder gab es Lebenszeichen des 41-Jährigen. Mal waren es Anrufe, dann Videos, in denen der Journalist mit seinen schwerbewaffneten Peinigern zu sehen war.

Rohde gilt in der Reporterszene als einer der besten Kenner der Krisenregion. Mit seiner dünnen Statur, seinen hinter einer Intellektuellen-Brille versteckten Augen und seiner diskreten, freundlichen Art aber gehört er in der von selbstverliebten Raubeinen geprägten Szene einer seltenen Sorte an.

Stets leise und doch penetrant bei seinen Fragen und Recherchen, erarbeitete sich der Reporter einen exzellenten Ruf und beste Kontakte zu allen Konfliktparteien. Zuerst auf

dem Balkan und am Ende in Afghanistan und Pakistan war oft er es, der exklusive Storys recherchierte und so nah an den Beteiligten war wie kein anderer.

Was die Taliban für die Freilassung forderten, wurde geheim gehalten. In Kabul aber war zu hören, dass sie die Freilassung von vielen ihrer Kampfgenossen aus afghanischen Gefängnissen zu erpressen versuchten. Obwohl sich die Regierung von Hamid Karzai in der Vergangenheit immer wieder auf solche Deals eingelassen hatte, erschien ein Eingehen jetzt so gut wie unmöglich.

Rohde, so schien es jedenfalls, war dem Tod geweiht.

Der einheimische Fahrer des Journalisten und seines Dolmetschers hatte sich in guter Moslemtreue nach der Entführung den Verbrechern angeschlossen.

(Spürnase: John A., Foto: Warnung an Fremde am Khyber Pass, Pakistan)



PRO-Iran: „Die Juden sind schuld“



Die geistige Nähe deutscher Rechtsextremisten zu fanatischen

Moslems ist nichts Neues. Besonders der Judenhass kittet zusammen, was zusammen schmuddelt. Im Muslimmarkt bestätigt der PRO-NRW Vorsitzende für das Ruhrgebiet, Roger Schwedes, warum Deutschland sich so gemein gegenüber dem geliebten Führer des Iran, Ahmadinedschad, verhält: Die Juden sind schuld.

Auf den Artikel „Was treibt Deutschland in die vorderste Front gegen den Iran“ des Muslimmarkt-Betreibers Özoguz:

Was treibt Deutschland an vorderste Front gegen den Iran?

Historisch betrachtet waren die Beziehungen zwischen Iran und Deutschland als gut zu bezeichnen. Deutschland hat keine kolonial belastete Vergangenheit im Iran und die Unterstützung des Schahs (abgesehen von seiner deutschen Ehefrau) war im Vergleich zu den Briten und USA gering. Was treibt Deutschland aber heute dazu, sich zum Flaggenträger an der Anti-Iran-Front so weit vorzupreschen?

Tagtäglich bekommt der deutsche Leser und TV-Konsument zu hören, wie sehr die Arbeit von deutschen Journalisten im Iran behindert wird und dass sie nicht mehr von der Straße berichten können. Nicht zu hören bekommt der Bürger in Deutschland, dass Journalisten anderer Ländern nach wie vor problemlos aus dem Iran berichten können. ARD- und ZDF-Intendanten haben dagegen protestiert und sogar Sondersendungen ins Programm aufgenommen. Es handelt sich um die gleichen Intendanten, die bei 30 Tagen Gaza-Massaker nicht eine einzige Sondersendung gebracht haben, und auch nicht dagegen protestiert haben, dass ihre Journalisten überhaupt nicht aus dem Gaza berichten konnten! Es handelt sich um die gleichen Intendanten, die keine Probleme damit haben, von der "Wahl" von Diktatoren, von "gemäßigten", also westfreundlichen, Tyrannen in der muslimischen Welt unkritisch zu berichten.

Viele andere westliche Sender versuchen – selbst bei

eindeutiger Stellungnahme gegen die Islamische Republik Iran – zumindest den Anschein einer gewissen Ausgewogenheit zu vermitteln. So sind dieser Tage – wenn auch sehr selten – ab und zu in westlichen Sendern außerhalb Deutschland, selbst in CNN und BBC, auch einmal Anhänger von Ahmedinejad bzw. iranische Experten, die dem aktuellen System im Iran nicht ganz so feindlich gesonnen sind, zu Wort gekommen. In den deutschen öffentlich-rechtlichen Sendern ist bisher nicht ein einziger Systembefürworter, kein einziger Ahmedinejad-Anhänger ernsthaft zu Wort gekommen, womit jene Sender sogar gegen ihren eigenen Auftrag zur Ausgewogenheit verstoßen. Von den Privaten ist ohnehin nichts anderes zu erwarten. Stattdessen wurde der abtrünnige ehemalige Staatspräsident des Iran, Bani Sadr, der u.a. wegen Flugzeugentführung gesucht wird und von einer Asylanerkennung Frankreichs profitiert, im ZDF ausführlich interviewt, und er durfte ohne Proteste des ihn interviewenden Journalisten zum Umsturz im Iran aufrufen! Was ist das für eine journalistische Situation, in der das öffentlich-rechtliche Deutsche Fernsehen zum Sprachrohr für zum Umsturzaufrufende Terroristen wird? Ist es da wirklich so unverständlich, dass die Journalisten jener Sender mehr Probleme haben, als ihre Kollegen aus anderen Ländern?

Der deutsche Bundestag hat heute eine aktuelle Stunde zum Debattieren über die Lage im Iran eingesetzt. Es handelt sich um den gleichen Bundestag, der beim Gaza-Massaker kein Wort gegen die Tötung von 1500 Zivilisten gefunden hat, als es geschah, geschweige denn eine "aktuelle Stunde", obwohl sie 30 Tage Zeit dazu hatte. Der Bundestag tut hier etwas, was die aller meisten westlichen Staaten nicht tun!

Der deutsche Außenminister hat den iranischen Botschafter ins Auswärtige Amt einbestellt um ihn u.a. zu ermahnen, die "Unregelmäßigkeiten" der Wahlen aufzuklären. Diese Unverschämtheit und offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates haben die meisten

europäischen Nachbarn nicht mitgemacht. Deutschland war einer der ganz wenigen in der westlichen Welt (in diesem Fall zusammen mit Frankreich), der so weit hervorgeprescht ist.

Als die Volkmudschahedin, eine Terrororganisation gegen den Iran, zeitweilig auch in Europa verboten war, konnten problemlos seine Anhänger mit Fotos ihrer Vorsitzenden in Deutschland demonstrieren. Obwohl jene Terrororganisation sich selbst in der FAZ damit rühmte, über 17.000 Menschen im Iran ermordet zu haben, wird sie jetzt von vielen deutschen Zeitungen zum "Patron" für den Willen im Iran herangezogen. Was ist das für eine journalistische Situation, in der man ausschließlich die Stimme von Gegnern, einschließlich terroristischen Gegnern eines Systems, hören darf, nie aber die Befürworter? Wie groß aber das Interesse in der Bevölkerung auch an der "anderen" Meinung ist, kann man an den aktuellen erneut sämtliche bisherigen Rekordzugriffszahlen übertreffenden Zugriffen auf den Muslim-Markt erkennen.

Während fast alle europäischen Banken nach wie vor gute Beziehungen zu iranischen Banken pflegen, und selbst US-Banken unter der Hand den Handel der eigenen Industrie mit dem Iran unterstützen, hat die Bundesregierung einen Druck auf deutsche Banken ausgeübt, so dass diese sich komplett aus dem Iran-Geschäft zurückziehen mussten. Die Folge ist ein Einbruch im Iran-Geschäft und lauter Briefkastenfirmen in Dubai für Unternehmen, die ihr Exportgeschäft immer noch versuchen aufrecht zu erhalten.

Während selbst aus den USA immer moderatere Töne gegen den Iran zu hören sind und einige bekannte Senatoren sogar vom Recht des Iran zur Urananreicherung sprechen, besteht Deutschland in weiteren Verschärfungen von Sanktionen diesbezüglich; am lautesten von allen Westlichen Staaten. Während Obama die Mousawi-Euphorie zu bremsen sucht und die USA Untersuchungen der eigenen Geheimdienste veröffentlicht, dass Ahmedinejat doppelt so beliebt sei im Iran wie Mousawi,

wollen deutsche Politiker immer noch in arroganter Herrmenschenmanier der Oberlehrer herauskehren.

Man kann es drehen und wenden wie man will, aber man wird der Erkenntnis nicht entfliehen, dass das offizielle Deutschland hier eine Sonderrolle bei dem Propaganda- und Wirtschaftskrieg gegen die Islamische Republik Iran einnimmt. Es stellt sich aber die Frage: Warum? Warum schwingt sich Deutschland so lautstark und so plump an die Spitze aller Bewegungen der gesamten Westlichen Welt gegen die Islamische Republik Iran.

Ein Erklärungsversuch mit angeblichen Menschenrechten würde sofort scheitern, wenn man sich die herzlichen Beziehungen der Bundesregierung zum Saudischen Königshaus ansieht. Auch kann ein wirtschaftlicher Vorteil kaum eine Rolle spielen, denn einmal abgesehen davon, dass die Handelsbeziehungen zum Iran von einem Tief ins nächste stürzen, hat Deutschland auch sonst keinen Vorteil davon, denn schließlich springen nicht nur die Asiaten, sondern auch andere Europäer in die Lücken, die Deutschland hinterlässt. Mit irgendeiner geschichtlichen Feindschaft ist es ebenfalls nicht zu erklären, da es eine solche nicht gibt. Auch schadet Deutschland letztendlich den eigenen Soldaten in Afghanistan, denn es ist der Iran, der die meisten Afghanistan-Flüchtlinge der Welt betreut und es ist der Iran, der für eine gewisse Stabilität in der Region sorgt.

Eine eingehende Analyse aller für Deutschland relevanten Aspekte würde zu dem Schluss kommen, dass das offizielle Deutschland sich mit seinem Verhalten in jeder Hinsicht nur selbst Schaden zufügt. Was aber kann die Motivation für solch ein merkwürdiges Verhalten sein?

Gestern gab es eine Nachricht, die diesbezüglich einen Hinweis geben könnte: Der Zentralrat der Juden in Deutschland habe die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft zur Unterstützung der "Opposition" im

Iran aufgerufen. Zentralratspräsidentin Charlotte Knobloch erklärte am Dienstag in München, die Führung in Teheran müsse in die Schranken gewiesen werden, „mit allen Mitteln, die der internationalen Völkergemeinschaft dafür zur Verfügung stehen“. Und es ist anzunehmen, dass jene Einstellung des Zentralrats nicht erst gestern entstanden ist.

Jetzt werden sofort reflexartig all jene, die sämtliche Handlungen des Zentralrats der Juden in Deutschland nahezu als unfehlbar heiligen und daher jegliche Kritik daran mit allen propagandistischen Mitteln zu verhindern suchen, die Antisemitismus-Keule schwingen. Aber es sei hier einmal die Frage erlaubt, warum sich die Interessenvertretung einer Religionsgemeinschaft in Deutschland in die deutsche und internationale Außenpolitik bezüglich Wahlen im Iran einmischen sollte. Während es in den USA sachliche und wissenschaftlich fundierte Ausarbeitungen über die Israel-Lobby gibt, ist das Thema in Deutschland noch ein weißer Fleck im Bereich der Hochschulforschung. In den USA wurde nachgewiesen, dass das Wirken jener Israel-Lobby nicht immer zum Wohl der USA und der Bevölkerung der USA erfolgte. Wann wird sich ein anerkannter deutscher Wissenschaftler einmal mit dem Thema aus deutscher Sicht befassen, selbst wenn er danach seine Anerkennung in bestimmten Krisen verlieren sollte?

Was aber bewegt den Zentralrat der Juden in Deutschland ausgerechnet bei diesem Präsidenten schärfer den je zuvor gegen die Islamische Republik Iran zu agieren? Liegt es an seinem angeblichen Leugnen des Holocaust? Aber der Holocaust war ein geschichtliches Ereignis. Was hat er mit der Religion des Judentums in seinem Selbstverständnis zu tun?

Ahmedinejad hat einige Fragen aufgeworfen, die 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus legitim sind; auch aus deutschen Mündern: Warum sollten die Urenkel eines Verbrechens (völlig unabhängig vom Ausmaß des Verbrechens), für die Verbrechen ihrer Großeltern und Urgroßeltern zahlen?

Was ist das für ein Rechtssystem oder eine Denkweise, die so etwas verlangt?

Jeder Staat dieser Erde, jedes Volk hat dunkle und weniger dunkle Zeiten in seiner Geschichte. Überall in der Welt aber werden die Völker an ihre eigenen guten Seiten erinnert, um für die Zukunft besseres zu entwickeln. Die dunklen Seiten werden zuweilen zugegeben, aber stellen nicht den Hauptfaktor der Erinnerung dar. In jedem Land der Erde wird auf einer Kultur der Hoffnung und des Optimismus aufgebaut. So erinnern die USA z.B. nicht an erster Stelle daran, wie sie Indianer ausgerottet oder Schwarze versklavt haben, sondern daran, wie sie Freiheit in vielen Bereichen des Lebens durchgesetzt haben, etwas verspätet auch für Schwarze. Russen erinnern an ihre großen Helden der Geschichte und den großen "vaterländischen Krieg" den sie gegen die Nazis geführt haben. Türken erinnern gerne an die Schlacht von Canakale, in der sie unter großen Opfern ihr Land verteidigt haben usw. usf. Und jene Positiv-Kultur gilt eigentlich für jedes Land der Erde; bis auf Deutschland. Warum soll sich Deutschland auch 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg geschichtlich vor allem über den Holocaust definieren und nicht über Bach, Beethoven, Goethe, die großen deutschen Wissenschaftler in allen Lebensbereichen und eine heutige Verfassung, die in der Verantwortung vor Gott geschrieben wurde? Die Erinnerung an das Verbrechen der Nazis kann doch vor allem durch Positivvorbilder korrigiert werden! Und warum sollte irgendein Dachverband von Juden, Christen, Muslimen oder Buddhisten Einfluss auf die deutsche Außenpolitik nehmen sollen mit Verweise auf das, was die Urgroßelterngeneration einstmals in Deutschland getan hat, bei Ausklammerung der gesamten restlichen deutschen Geschichte (auch nach dem Zweiten Weltkrieg)?

An dieser Stelle sei an jene Nazis gerichtet, die obige Passagen gerne für ihre rassistische Unmenschlichkeit missbrauchen wollen, folgendes mitgeteilt: Jeder bewusste

Muslim in Deutschland würde jeden Juden vor dem Rassismus der Nazis schützen! Der Rassismus der Nazis ist die Legitimitätsgrundlage für die übertriebene Erinnerung an Verbrechen, die Deutschland einstmals begangen hat, womit Nazis genau im gegenteiligen Sinn wirken, als sie es vorgeben. Nazis wirken damals wie heute gegen das deutsche Volk! Dem Unrecht, das einstmals auf deutschem Boden geschehen ist, kann auch dadurch begegnet werden, dass man jede Form von Rassismus bekämpft.

Daher sei an dieser Stelle auch noch einmal erwähnt, dass Judentum und Zionismus zwei völlig unterschiedliche Angelegenheiten sind. Das eine ist eine mehrere tausend Jahre alte Ideologie, das andere ist eine Ideologie aus dem 19. Jh., die von vielen als rassistisch eingestuft wird. Die Anhänger des Judentums sind Menschen, die einer bestimmten Religionsgemeinschaft angehören und zumeist loyale Bürger des Staates sind, dessen Staatsbürgerschaft sie besitzen. Das andere ist eine Ideologie, die neuerdings auch offiziell behauptet, dass Israel der Staat nur des jüdischen Volkes sei, womit jeder Jude in der ganzen Welt vereinnahmt wird, mehr Staatsbürger Israels als seiner eigenen Heimat zu sein und jeder nichtjüdische Staatsbürger Israels zum Bürger zweiter Klasse wird. Und genau jener Konflikt zwischen Judentum und Zionismus, jener Konflikt zwischen Religion und rassistisch anmutender Ideologie, jener Konflikt ist auch ein innerjüdischer Konflikt in vielen westlichen Ländern der Welt. Auch in Deutschland gibt es viele jüdische religiöse wie auch weniger religiöse Stimmen, die den real existierenden Zionismus als unmenschlich verurteilen. Man kann sogar zu Recht behaupten, dass die größten Kritiker Israels in Deutschland heute Juden sind!

Ahmedinejat hat auch eine weitere Frage aufgeworfen, die seit 60 Jahren kein einziger westlicher Politiker sachlich beantworten kann: Warum sollen Palästinenser 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg darunter leiden, dass Nazis einstmals

Verbrechen begangen haben? Schuld daran ist der Zionismus, nicht das Judentum! Diejenigen, die Judentum und Zionismus gleich setzen, sind die wahren Antisemiten unserer Zeit, da sie die Anhänger einer Religion für etwas beschuldigen, womit sie nichts zu tun haben. Weder ist jeder Jude ein Zionist, noch ist jeder Zionist ein Jude!

Die deutsche Politik aber hat sich offenbar eindeutig auf die Seite der Zionisten geschlagen. Und das ist die einzige logische Erklärung für das äußerst merkwürdige Verhalten Deutschlands in Bezug auf den Iran heute. Vertreter des Volkes schaden dem eigenen Volk, weil sie die Ideologie des Zionismus unterstützen. Sicherlich wird es eines Tages auch in Deutschland ein Buch geben, das sich mit dem Einfluss der Israel-Lobby in sachlicher und wissenschaftlicher Weise auseinandersetzt. Und in jenem Buch wird das heutige Verhalten der Bundesregierung (aber auch einiger Oppositionsparteien) bezüglich Iran eine wichtige Rolle spielen, wann immer es geschrieben wird.

Die Präsidentschaftswahlen im Iran werden rückblickend betrachtet als weiteres epochales Ereignis in die Geschichte der Islamischen Revolution eingehen, mit dem die Westliche Welt – allen voran Deutschland – einmal mehr die Chance erhalten hat, sich selbst von den Fesseln jeglicher Logik- und Verstand-ausschaltenden ideologischen Ketten zu befreien. In wie weit diese Chance genutzt wird, dürfte auch davon abhängen, ob die Bevölkerung in Deutschland bei den nächsten Bundestagswahlen den irrsinnigen neoliberalen Raubtierkapitalismus wählt oder ihm eine Absage erteilt. Die heutige Bevölkerung kann nicht für die Verbrechen der Nazis oder den Holocaust verantwortlich gemacht werden, aber sie ist verantwortlich dafür, welchen Zukunftskurs sie für Deutschland wählt, einen Kurs der Konfrontation an vorderster Front gegen die islamische Befreiungstheologie, oder einen Kurs des vernünftigen Miteinander in der Welt. Und damit ist sie indirekt auch mitverantwortlich für alle genannten

Verhaltensformen in Politik und öffentlich-rechtlichen Medien gegenüber dem Iran.

antwortet der unverbrauchte Rechspopulist Roger Schwedes (PRO-NRW):

Die in dem Zusammenhang veröffentlichten Artikel von Yavuz Özoguz und Mihriban Özoguz veranschaulichen nur zu deutlich die Informationspolitik dieses „freiesten Staates der deutschen Geschichte“, wie von Weizsäcker mal diese Demokratur interpretiert hat.

Unabhängig davon, ob es Wahlmanipulationen gegeben hat, selbst bei einem Abzug von drei bis vier Prozent, ist das Ergebnis eindeutig, Prozentzahlen für eine Richtung, von denen jeder hier tätige Funktionär nur träumen kann – und das schon seit Jahrzehnten. Die Arroganz und der überhebliche Fingerzeig des Außenministers sind einfach nur abstoßend. Es ist nunmal einfacher, den Blick nach außen zu lenken, um von eigener Inkompetenz und desolater Wirtschaftslage anzulenken. „Der Westen hat fertig“, so könnte es in der Sprache von Trappatoni gesagt werden. Wir sind kaputt, wir lenken ab... Ein Dialog mit der islamischen Welt, einer objektiven und tiefergehenden Beschäftigung mit dem heiligen Koran ist in Wirklichkeit nicht gewollt, trotz diverser Alibi-Organisationen etc. Die Politik in diesem Land – und damit verbunden auch die regulierte Medienlandschaft – sind fremdgesteuert- David Korn „Das Netz“ – Panem et circense – Brot und Spiele – Verdummungsfernsehen, Bratmaxe, Schweinefleisch im Angebot, Feiertage zum Saufen und Schlemmen, Dauerfeste, Urlaub auf Abzahlung.., aber irgendwann ist der Kühlschrank leer und der Dispo überzogen.., was dann Frau Merkel, was dann Herr Steinmeier? Danke an Y. Özoguz, danke an M. Özoguz und andere Autoren des Muslim Markt. Sie beleuchten die Dinge offen!

(Spürnase: A.Bundy, Foto: Roger Schwedes (links im Bild) –

„Ihr Ansprechpartner im Ruhrgebiet“ – PRO NRW, mit Nazi-„Kamerad“ Andre Picker – PRO NRW Vorstand – und Markus Beisicht – PRO NRW Vorsitzender und Spaßkandidat für das Amt des Kölner Oberbürgermeisters.)

Schwangere Ehefrau nahöstlich bereichert



Ein 26-jähriger aus dem Nahen Osten stammender Kellner ist vom Bezirksgericht Zürich wegen Misshandlung und Vergewaltigung seiner schwangeren Ehefrau, die er so lange prügelte, bis sie das Kind verlor, zu einer Schadenersatzleistung von rund 40.000 Schweizer Franken, fünf Jahren Haft und einer ambulanten Psychotherapie verurteilt worden. Er hatte seine 20-jährige Frau außerdem zum Zwangs-Sex gefesselt und gedroht, ihr ein Ohr abzuschneiden, riss ihr Haarbüschel aus und ritzte ihr oberhalb des Ohrs die Kopfhaut ein.

(Spürnase: Mastro Cecco)

Einzelfall™-Gemetzel: Mann ersticht Ehefrau

Mit ihren drei Jahren musste die kleine Denia ansehen, wie ihr Vater, ein Albaner, die Mutter mit einem Messer regelrecht abschlachtete. Vor den Augen ihres Kindes verblutete die Frau. Das Mädchen schrie die ganze Zeit, was den Vater aber nicht von seiner grausigen Tat abhielt. Erst als er sein schreckliches Werk vollendet hatte, holte er die Feuerwehr. Der Mann befand sich ganz offensichtlich in einem Verbotssirrtum.

(Spürnase: schmibrn)

Ein Jahr und drei Monate für ein Menschenleben



Gerade mal ein gutes Jahr Gefängnis ist das vernichtete Leben eines Menschen in Deutschland Wert, eigentlich sogar zweier Menschen, denn die Witwe starb aus Kummer sieben Monate nach dem Tod ihres Mannes. Amine A. (Foto), der Totraser von Köln, muss so „lange“ ins Gefängnis. Gegen dieses „harte“ Urteil ging der bereits einmal abgeschobene Asylbewerber aus Algerien und HartzIV-Empfänger

sogar in Revision. Allerdings vergeblich. Die Richter hielten dieses Urteil offenbar für angemessen...

(Spürnase: Skeptiker)



Integrationsrat Herten: Fotos nicht erwünscht



Heute fand um 13 Uhr vor dem Rathaus in Herten (NRW) eine Protest-Veranstaltung von Muslimen gegen ein geplantes Gesetz der NRW-Landesregierung zur Neuregelung von Integrationsräten statt. Unter der Schlagzeile: "Integrationsrat will sich nicht entmachten lassen" kündigte die *Hertener-Allgemeine* diese öffentliche Veranstaltung auf dem Rathausvorplatz an.

Zu dieser Veranstaltung erschienen auch die Vorsitzende der Bürgerbewegung „WIR in Herten“, Ratsfrau Jutta Becker mit ihrem Ehemann Rolf, der ebenfalls bei „WIR“ Vorstandsmitglied ist.

Um für das heimische Archiv diese Veranstaltung zu dokumentieren, versuchte Herr Becker mit einer Videokamera Bilder einzufangen. Dieses Vorhaben wurde nach einigen Sekunden von einem führenden Mitarbeiter der städtischen Verwaltung im Auftrag der Veranstalter der Demo untersagt.

„WIR“ erkundigte sich bei dem anwesenden Polizeibeamten, der nicht wusste, worum es bei dieser Demo überhaupt ging, ob dieses Verbot rechtens ist. Der Beamte bejahte dies mit dem Hinweis, dass besonders muslimische Frauen es nicht mögen, gefilmt zu werden. „WIR“ akzeptierte dieses Verbot.

Als es dann zum Ende der Demo auf der Rathausstreppe zu einem Fotoshooting mit der Presse kam, wo auch das Transparent mit der Parole: „Landesregierung setzt uns vor die Tür!“ kam, machten die „WIR“-Leute auch ein paar Fotos.

Sofort erschien Frau Sam (Ehefrau des Integrationsratsvorsitzenden Ersoy Sam und Sprecher des VIKZ-NRW), natürlich kopftuchbewehrt mit wallendem, bodenlangem Mantel, gemeinsam mit dem Polizeibeamten und forderte, dass die gemachten Bilder an Ort und Stelle gelöscht werden. Frau Sam meinte, dass sie nicht auf „unserer“ Seite erscheinen will und überhaupt wolle sie nicht fotografiert werden. Natürlich weigerten sich die „WIR“-Leute irgendein Foto zu löschen.

Der Polizeibeamte erkundigte sich telefonisch bei einem Vorgesetzten in der Sache. Es kam heraus, dass öffentliche Veranstaltungen durchaus fotografiert werden dürfen, es dürfen lediglich keine Portraitfotos angefertigt werden. Trotzdem wurden von Herrn Becker die Personalien (Pers.-Ausweis) aufgenommen.

Die Vorsitzende von WIR IN HERTEN, Ratsfrau Jutta Becker: „Unsere freiheitlichen, durch das Grundgesetz geschützten Rechte werden uns in Herten von der Verwaltung, gemeinsam mit Moscheemitgliedern verboten. Bei einer öffentlich stattfindenden Versammlung wird uns öffentlich untersagt zu

filmen und fotografieren.“

Interessant bei dieser Kundgebung war allerdings die Tatsache, dass sich kein Ratsmitglied bei dieser Veranstaltung von türkischen DITIB und VIKZ Vereinen beteiligt hat.

Ferner ist festzuhalten, dass laut Geschäftsordnung der Integrationsrat in Herten einmal pro Jahr im Rat Auskunft über seine Aktivitäten geben soll, was in den letzten Jahren seit 2004 nicht geschah. Trotz meiner Forderung hat der IR in Herten sich bis auf Forderungen lautlos verhalten. Im Übrigen ist es ein Türkenrat, da sämtliche andere Nationalitäten fehlen.

- » Hertener Allgemeine: Protest vor dem Rathaus
- » Landtag intern: Politische Teilhabe für Zugewanderte

(Foto oben: Pressetermin vor dem Hertener Rathaus, in der Bildmitte Frau Sam, die gerade auf die fotografierenden „WIR-Vertreter“ zeigt)

Siebeneinhalb Jahre für 30 Warnstiche im Affekt



Ein 42-jähriger aus der Türkei stammender Mann muss ins Gefängnis, weil er im Oktober 2008 in Berlin-

Lankwitz seine Ex-Frau mit 30 Messerstichen ermordet hat (PI berichtete) – allerdings nur für siebeneinhalb Jahre (bei guter Führung sicherlich weniger). Schließlich war die Tat lediglich ein Ausdruck seines bereichernden südländischen Temperaments, eine Umschreibung, die zur Abmilderung von Schandmorden üblich werden könnte. Der Vorsitzende Richter Peter Faust bezeichnete das Verbrechen zwar als „ungeheuer brutal“, verurteilte den Angeklagten toleranterweise dennoch lediglich wegen Totschlags im Affekt.

(Spürnase: Geronimo)